



## Mitglieder der GUE/NGL im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament



Ilda FIGUEIREDO (PT)  
stellvertretende Vorsitzende



Gabi ZIMMER (DE)  
GUE/NGL Koordinatorin



Thomas HÄNDEL (DE)



Patrick LE HYARIC (FR)



Georgios TOUSSAS (EL)



Joe HIGGINS (IE)

Nähere Auskünfte zu den Informationen in diesem Merkblatt erteilt Klaus Dräger: [klaus.draeger@europarl.europa.eu](mailto:klaus.draeger@europarl.europa.eu).

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Europäisches Parlament  
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel  
T +32-(0)228-42683  
F +32-(0)228-41774

Hergestellt von der Abteilung Veröffentlichungen der GUE/NGL-Fraktion:

[GUENGL-Communications@europarl.europa.eu](mailto:GUENGL-Communications@europarl.europa.eu)

Fotos: iStockphoto, Europäisches Parlament, Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – ATD Quart Monde (BE).

Design: Dominique Boon

Druck: Dossche Printing

© GUE/NGL – Brüssel 2010

Auf Recyclingpapier gedruckt



Die GUE/NGL unterstützt die Forderung des Parlaments, verbindliche Zielvorgaben für die Einkommensarmut im Rahmen der Strategie zur Armutsbekämpfung 2020 einzuführen:

- eine EU-Vorgabe für **Mindesteinkommensregelungen und beitragspflichtige Ersatz Einkommenssysteme** (z. B. Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Mindestrente usw.), die ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 % des nationalen Medianäquivalenzeinkommens gewährleisten sollen; die Fraktion ist der Ansicht, dass dies in einer neuen EU-Richtlinie über den „grundlegenden Anspruch jedes Menschen auf ausreichende Zuwendungen und Leistungen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können“ verankert sein sollte;
- eine EU-Vorgabe für **Mindestlöhne** (gesetzlich, tarifvertraglich vereinbart auf nationaler, regionaler oder Branchenebene), die eine Vergütung in Höhe von mindestens 60 % des maßgeblichen Durchschnittslohns gewährleistet.

Die GUE/NGL hält daran fest, dass sowohl die relative als auch die absolute Armut beseitigt werden muss, dass die bereichsübergreifenden Aspekte der Armut und sozialen Ausgrenzung in der EU-Strategie in Angriff genommen werden und dass Universaldienstverpflichtungen und Gemeinwohlaufgaben bei Diensten von allgemeinem Interesse in allen Mitgliedstaaten erfüllt werden müssen.



# Neuer Anlauf im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



## Ein verlorenes Jahrzehnt

**2000:** Im Zuge der Lissabon-Strategie verpflichtete sich die EU, bis zum Jahr 2010 „die Kinderarmut zu beseitigen“ und „eine entscheidende und spürbare Verringerung der Armut und sozialen Ausgrenzung zu erreichen“.

**2001:** 55 Millionen Menschen in der EU sind armutsgefährdet (15 % der Bevölkerung der EU-15).

**2008:** (neueste Statistik) Beinahe 85 Millionen Menschen (17% der Bevölkerung der EU-27) und eines von 5 Kindern in den EU-27 sind armutsgefährdet.

**2000-2010:** Zehn Jahre Lissabon-Strategie bedeuten im Hinblick auf die Verringerung der Armut und der sozialen Ausgrenzung trotz moderaten Wirtschaftswachstums und Rückgangs der offiziellen Arbeitslosenquoten einen völligen Fehlschlag. Aufgrund des in der Lissabon-Strategie verankerten Strebens nach immer stärkerer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte war der Preis für die sinkende Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum eine Zunahme unsicherer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Das Wachstum der Niedriglohnssektoren erzeugte 2008 den gar nicht beabsichtigten Effekt, dass etwa 8% der Arbeitnehmer in der EU-27 armutsgefährdet waren (Stichwort: arm trotz Arbeit). Der Gedanke, dass Erwerbsarbeit der beste Weg sei, um Menschen aus der Armut zu befreien, verlor vor dem Hintergrund überflexibler Arbeitsmärkte und der steigenden Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse seine Gültigkeit.

## Die EU-Politik schlägt einen falschen Kurs ein

2010 wurde zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt. Die Kommission schlug vor, die Bekämpfung der Armut als Kernziel in ihre neue Strategie „EU 2020“ aufzunehmen. Bis 2020 sollen 20 Millionen Menschen weniger armutsgefährdet sein. Dies käme einer Verringerung von etwa 25% gegenüber 2008 gleich.

Angesichts einer Arbeitslosenrate im zweistelligen Bereich (der derzeitige EU-Durchschnitt liegt bei 10%) und der wahrscheinlich anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation bis weit über das Jahr 2010 hinaus wird die Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung viel schwieriger werden.

Zudem haben die EU und die Mitgliedstaaten beschlossen, ihre Konjunkturprogramme zurückzufahren, strenge Sparmaßnahmen einzuführen, Einschnitte bei den Sozialausgaben und öffentlichen Investitionen vorzunehmen und öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren. Einschnitte bei öffentlichen Diensten und Sozialleistungen, den Löhnen im öffentlichen Sektor, den Renten, Anhebungen des gesetzlichen Rentenalters und der Mehrwertsteuer wurden bereits in vielen Mitgliedstaaten umgesetzt oder stehen auf der Tagesordnung. Dadurch werden Armut und soziale Ausgrenzung in Zukunft noch zunehmen, nicht verringert.



## Schaffung der Voraussetzungen für die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung

*Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) lehnt den neuen Anlauf der EU zum Abbau öffentlicher Dienstleistungen und des Wohlfahrtsstaates vehement ab. Die Fraktion fordert:*

- **weitere Stützungsmaßnahmen** in den kommenden 3 bis 5 Jahren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Stagnation und Entwicklung einer Einstiegsstrategie für die Schaffung hochwertiger und nachhaltiger Arbeitsplätze;
- **ein neues, schlagkräftigeres und zielgerichtetes EU Konjunkturprogramm**, in dessen Mittelpunkt die Gleichstellung der Geschlechter sowie die ökologische und soziale Nachhaltigkeit stehen;
- Verwendung von **ein Prozent des BIP der EU** pro Jahr für Investitionen in die ökologische, soziale und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung, um Gleichstellung, Vollbeschäftigung mit „Guter Arbeit“, eine umweltfreundliche Wirtschaft, soziale Sicherheit sowie einen besseren sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern, flankiert von ähnlichen Maßnahmen auf mitgliedstaatlicher Ebene;
- **eine neue makroökonomische Politik der Europäischen Union** unter der gleichen Prämisse, um die Voraussetzungen für die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu schaffen.

*Vor diesem Hintergrund fordert die GUE/NGL:*

- ein verbindliches EU Kernziel, um **Armut und soziale Ausgrenzung um die Hälfte zu verringern**, und Teilziele, um **Kinderarmut und Obdachlosigkeit** bis zum Jahr 2015 zu beseitigen;
- dass die EU weiterhin ihren relativen Indikator nutzt, der die Armutsgefährdungsschwelle auf 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens (etwa 60% der Hälfte des durchschnittlichen nationalen Haushaltseinkommens) festlegt, um die Einkommensarmut zu messen.

Die Fraktion lehnt alle statistischen „Neuerungen“ ab, die bewirken würden, dass die Armut durch Änderung der statistischen Methode „sinkt“.

